

**Änderungsantrag****L.1.0001**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**Antragsheft 1, Seite 43, **Zeilen 1/2 ändern in:** „Für eine Republik der europäischen Regionen“**Begründung:**

Der Änderungsantrag formuliert eine positive Idee von Europa. Er stellt DIE LINKE damit klar in das proeuropäische Lager. Sie bedeutet mehr direkte Partizipation der europäischen BürgerInnen, eine echte europäische Regierung und ein Zwei-Kammer-Parlament. Der Änderungsantrag macht klar, dass wir die zentralen Politikfelder auf der europäischen Ebene steuern wollen. Dazu gehören Sozial- und Arbeitsrecht, Steuern und Abgaben, Demokratie- und Freiheitsrechte und Außenpolitik. Gleichwertige Lebensverhältnisse widersprechen Wettbewerb in diesen Politikfeldern. Mit dem Änderungsantrag wird sich von dem „Ja zu Europa, Nein zu Europa“ im Leitantrag abgesetzt. Der Leitantrag suggeriert es gäbe eine Europäische Union der Millionäre. Dies wird der Realität vieler Menschen nicht gerecht.

**Änderungsantrag****L.1.0066**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**Antragsheft 1, Seite 43, **Zeilen 66/67 ändern in:** „Für eine Republik der europäischen Regionen“**Begründung:**

Der Änderungsantrag formuliert eine positive Idee von Europa. Er stellt DIE LINKE damit klar in das proeuropäische Lager. Sie bedeutet mehr direkte Partizipation der europäischen BürgerInnen, eine echte europäische Regierung und ein Zwei-Kammer-Parlament. Der Änderungsantrag macht klar, dass wir die zentralen Politikfelder auf der europäischen Ebene steuern wollen. Dazu gehören Sozial- und Arbeitsrecht, Steuern und Abgaben, Demokratie- und Freiheitsrechte und Außenpolitik. Gleichwertige Lebensverhältnisse widersprechen Wettbewerb in diesen Politikfeldern. Mit dem Änderungsantrag wird sich von dem „Ja zu Europa, Nein zu Europa“ im Leitantrag abgesetzt. Der Leitantrag suggeriert es gäbe eine Europäische Union der Millionäre. Dies wird der Realität vieler Menschen nicht gerecht.

**Änderungsantrag****L.1.0069**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, vor **Zeile 69 einfügen:** „Die Zukunft der Europäischen Union beschäftigt uns und viele andere Menschen. Dabei sind wir hin- und hergerissen zwischen scharfer Kritik an der bestehenden Union einerseits, die in Sachen Demokratie, Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr als zu wünschen übrig lässt, und der Angst, dass die Stagnations- und Zerfallstendenzen der EU andererseits Ausdruck eines reinen Rückzugs auf den vermeintlich besseren Nationalstaat ist. Wir wissen aber auch: Die Europäische Union ist veränderbar und wir wollen sie verändern. „Der Rückzug hinter nationale und unüberwindbare Grenzen und Mauern ist für uns keine Option, mehr Europa wagen!“

**Begründung:**

Der Einstieg in das Programm sollte einen kurzen Blick auf Europa werfen und unsere positive Idee der Überschrift emotional untersetzen. Dann folgt logisch daraus auch das, wofür wir als LINKE kämpfen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0069**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, vor **Zeile 69 einfügen:** „Der Rückzug hinter nationale und unüberwindbarer Grenzen und Mauer ist für uns keine Option, mehr Europa wagen!“

**Begründung:**

Wir halten es für wichtig, bevor wir deutlich machen für welche Veränderungen wir kämpfen, klar zu sagen, was unsere Ausgangsposition ist. Nicht weniger sondern mehr Europa.

**Änderungsantrag**

**L.1.0079**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **Zeile 79 ändern in:** „Die Europäische Union ist derzeit nicht so, wie wir sie wollen.“

**Begründung:**

Das die Europäische Union derzeit nicht so ist, wie wir sie wollen dürfte unumstritten sein. Durch „derzeit“ wollen wir aber deutlich machen, dass dies nicht so bleiben muss.

**Änderungsantrag**

**L.1.0080**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **Zeilen 80 bis 88 ersetzen durch:** „Die EU hat seit der Bankenkrise vor 10 Jahren nicht viel dazu gelernt. Das gemeinsame Haus von Europa ist im Fundament erschüttert.“

**Begründung:**

Das ist ohne Polemik einfach präziser.

**Änderungsantrag**

**L.1.0086**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeile 86** nach „...reguliert.“ **einfügen:** „Die nationalstaatlichen Egoismen sind nach wie vor ungebrochen und in ihrem Drang nach Dominanz sehen wir die Wurzel des Übels. Die Nationalstaaten sind sowohl für die Fehler bei der europäischen Integration, als auch bei der Krisenpolitik verantwortlich und gerade deshalb wollen wir ihre Macht in Brüssel beenden. Weil die nationalen Öffentlichkeiten bisher jedoch weitgehend voneinander isoliert und nicht miteinander verschränkt sind, haben sich in den verschiedenen Mitgliedsstaaten während der letzten Jahre unterschiedliche Krisennarrative durchgesetzt.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0087**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **Zeilen 87 /88** von „Soziale Sicherheit...“ bis „... verstanden.“ **streichen**

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0088**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeile 88/89** von „Dagegen“ bis „Union“ **ersetzen durch:** „Es bedarf einer neuen attraktiven Vision – eine vertiefte Erzählung, ein europäisches Lebensgefühl für die BürgerInnen. Halbherzige Lösungen und Unklarheit fördern Unzufriedenheit und wachsende Europaskepsis. DIE LINKE steht für ein Europa, das die Zukunft seiner BürgerInnen sichert. Dabei fußt unsere Vision auf einem linken Internationalismus, der auch die Befindlichkeiten der Menschen, hier wie im Süden im Blick hat. Von Athen bis Stockholm, von Tallin bis Lissabon. Indem wir die europäischen Nationalstaaten überwinden, erteilen wir ihrem Kollektivegoismus eine Absage. Wir wollen dem Wettbewerb der Mitgliedstaaten um die schlechtesten Arbeits- und Sozialbedingungen, um die niedrigsten Steuern und das autoritärste Regime beenden und dafür weitere zentrale Politikfelder vergemeinschaften.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0088**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeile 88** nach „...verstanden.“ **einfügen:** „Als proeuropäische Linke positionieren wir uns eindeutig: Die Europäische Union ist reformierbar und kein Auslaufmodell. Wir stehen für eine visionäre statt einer destruktiven Kritik. Mit anderen politischen Mehrheiten können wir diese EU reformieren. Die stetige Reduzierung der Europäischen Union auf einen „von neoliberalen Eigenschaften“ durchgezogenen Wertekanon täuscht die WählerInnen und demobilisiert gesellschaftliche Veränderungen durch politische Prozesse.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0089**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeile 89/90** von „Gemeinsam...“ bis „...Union“ **ersetzen durch:** „, Durch progressive Politik und breite politische Ansätze organisieren wir gemeinsam mit anderen Parteien des linken Spektrums Mehrheiten für gesellschaftliche Veränderungen. Wir vertreten soziale, ökonomische sowie ökologische Konzepte und entwickeln diese mit den BürgerInnen zusammen weiter.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0090**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeile 90/91** „Wir wollen...besser EU.“ **streichen.**

**Begründung:**

Neustart, Politikwechsel, andere EU, was denn davon? Das zieht sich so durch das ganze Wahlprogramm. Ist hier überflüssig.

**Änderungsantrag**

**L.1.0092**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, in **Zeilen 92-94** „Die Vertragsgrundlagen...undemokratisch und neoliberal sind.“ **ersetzen durch:**

„Wir wollen das Fundament Europas durch die Vision der Republik europäischer Regionen erneuern. Diese verbindet regionale Traditionen und Kulturen mit gemeinsamen Kämpfen und Interessen der Menschen. Wir wollen direkte Partizipation der europäischen BürgerInnen, eine vollwertige europäische Regierung und eine zweite Parlamentskammer für ein umfangreiches Mitspracherecht der Regionen Europas. Dieses gemeinsame politische Projekt bildet das Fundament europaweiter gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir wollen die zentralen Politikfelder endlich auf der europäischen Ebene steuern. Dazu gehören Sozial- und Arbeitsrecht, Steuern und Abgaben, Demokratie- und Freiheitsrechte und eine gemeinsame europäische Außenpolitik. Gleichwertige europäische Lebensverhältnisse widersprechen jeglichem staatlichen und privaten Wettbewerb in diesen Bereichen.“

**Begründung:**

Durch die Neuformulierung und Streichung wird der alberne Streit um die Formulierung „Neustart“, der verlässlich bei jeder Wahlprogrammdebatte geführt und entsprechend der jeweiligen Mehrheitsverhältnisse entschieden wird aufgelöst. Für ein Wahlprogramm ist der Streit ob die vertraglichen Grundlagen geeignet und ihrer vollständigen Revision bedürfen nicht entscheidend. Durch die Beibe-

haltung des Satzes auf den Zeilen 94-96 bleibt klar, dass DIE LINKE eine von den Bürger\*innen mitgestaltete Verfassung wünscht, über die in Referenden abgestimmt wird. Das sollte im Rahmen eines Wahlprogramms als Aussage ausreichen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0097**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **in Zeile 97** „Neustart... umkehren.“ **ersetzen durch:**

„Eine neue proeuropäische Vision bedeutet, die Prioritäten umzukehren: Unsere Erzählung der Republik Europa bedeutet keineswegs den Aufbau eines Superstaates oder die Formung der Union nach der Schablone eines bestimmten Mitgliedsstaates. Wir forcieren einen Zusammenschluss der vielfältigen europäischen Traditionen und streben nach größerer Einheit. Wir stellen uns der Gretchenfrage „Wie hältst du es mit Europa?“ mit einem Vorschlag des europäischen Integrationsprozesses und bekennen uns darin eindeutig zum europäischen Aufbruch, statt zum „Klein Klein“ europäischer Bigotterie.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0107**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **in Zeile 107** vor „Wir wollen“ **einfügen:**

„ Unsere politische Vision einer Republik Europa ist dabei ein klares Bekenntnis zu mehr Europa und verleiht den Regionen über eine zweite Kammer ein stärkeres Mitspracherecht ein. Die Republik stemmt sich gegen wirtschaftliche Ungleichheit sowie Stagnation und bekämpft den sozialen und kulturellen Wandel. Unsere Vision zieht keine Grenzen und ist ein Projekt für ein solidarisches Miteinander. In ihr soll eine europäische Demokratie endlich Gestalt annehmen – direkte Partizipation aller, Wahlrechtsgleichheit, ein europaweit einheitliches Steuerkonzept sowie soziale Sicherungen und ein gestärktes Europäisches Parlament. Unsere vertiefte Erzählung von Europa soll die Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass mehr Europa der erfolgreichste Weg in eine bessere Zukunft ist.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0114**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 45, **in Zeilen 114/115** „Gegen den...und Humanität.“ **streichen.**

**Begründung:**

Man kann und sollte die verbleibende positive Aussage des Satzes in den Mittelpunkt stellen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0126**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeile 126** nach „...Militär setzen“ **einfügen:** „und den Nationalstaaten, die für die Fehler bei der europäischen Integration als auch der Krisenpolitik verantwortlich sind. Ihre Macht in Brüssel muss beendet werden.“

**Begründung:**

Ein Europa wie wir es wollen verlangt sich auch mit den Nationalstaaten anzulegen. Ihre destruktive und zerstörerische Rolle muss klar benannt werden. Immer noch wird das „Spiel über Bande“ mit den guten Nationalstaaten und dem bürokratischen Brüssel unhinterfragt weitergetragen. Als DIE LINKE haben wir die Verantwortung dieses Spiel zu entlarven.

**Änderungsantrag**

**L.1.0131**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeile 131/132** „Wir müssen...Menschen stärken.“ **streichen.**

**Begründung:**

Steht hier leer im Raum.

**Änderungsantrag**

**L.1.0145**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen 145/146** „Die Europäische...aufgelöst werden“ **streichen**.

**Begründung:**

Wir sind in der Präambel. Wenn man EURATOM auflösen möchte, gehört das in ein Sachkapitel. Auch der Ausstieg aus der Kernenergie ist mit Konversion verbunden. Statt gleich die Abwicklung zu fordern macht es aber durchaus Sinn, EURATOM in diesem Kontext eine veränderte Aufgabe zuzuschreiben.

**Änderungsantrag**

**L.1.0147**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen 147-149** „Dass Aufträge...Entscheidungen einzubeziehen.“ **streichen**.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0149**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeile 149/150** „weg von kurzfristigen Finanzspekulationen und“ **streichen**.

**Begründung:**

Klar sagen, was wir wollen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0150**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen150/151** „Dazu brauchen...Strukturen aufbauen.“ **ersetzen durch:**  
„Deshalb fordern wir ein Investitionsprogramm, dass die kommunalen und regionalen Strukturen effektiv ausbaut und fördert.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0152**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen152-154** „Wir wollen Demokratie...dort entschieden werden.“ **ersetzen durch:**

„Durch Reformen wollen wir die Demokratie stärken und Partizipationsmöglichkeiten ausbauen. Das Europäische Parlament soll mit vollem Initiativ- und Haushaltsrecht gestärkt und um eine zweite Parlamentskammer der Regionen erweitert werden. Die LINKE betrachtet die Kommunen und Regionen als Lebens- und Selbstentfaltungsräume für alle. Hier soll entschieden werden, was hierher gehört. Ob Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Dienstleistungsrichtlinien oder Herausforderungen bei öffentlichen Ausschreibungen – wir können unsere europäischen Ideen gar nicht von den kommunalen und regionalen trennen. Eine zweite Parlamentskammer ermöglicht den Regionen und lokalen Akteuren eine selbstständige Partizipation auf europäischer Ebene. Damit sind sie in Fragen höchster Standards in sozialen, ökologischen und qualitativen Sachthemen direkt beteiligt.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0156**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen156-158** „Es werden... Entspannung vor.“ **ersetzen durch:**

„Als Friedenspartei erteilen wir diesem Treiben eine Absage. Wir fordern ein Verbot der Herstellung von Kriegswaffen auf dem und des Exports existierender Kriegswaffen aus dem Gebiet der Europäischen Union. Wir wollen nationale Armeen abschaffen, ihre Geräte und Waffen entweder ziviler Nutzung zuführen oder verschrotten. Europa wird atomwaffenfrei.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0159**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeilen159-161** „Die EU...brutaleren Mitteln durchgesetzt.“ **streichen.**

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0159**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 46, **in Zeile159** nach „Grenzen“ **einfügen:**

„und die Kollektivegoismen der Mitgliedsstaaten beenden. Wir fordern eine Integration der inklusiven Solidarität auch für Menschen, die anders sind als wir selbst, mit denen wir aber eine gemeinsame Zukunft aufbauen können und wollen. Der Rückzug hinter nationale Grenzen und Mauern ist für uns keine Option. Eine Abschottungspolitik kann keine linke Alternative sein. DIE LINKE betrachtet freiwillige Migration grundsätzlich als gesellschaftlichen Mehrwert.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0172**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **Zeile172** „die sozialen Rechte...haben das nicht.“ **ersetzen durch:**

„über den Vertrag von Lissabon (AEU-Vertrag) gilt das auch für die sozialen Rechte in der Charta der Grundrechte“ “

**Begründung:** Der bisherige Text ignoriert die Charta der Grundrechte und ihre Einbeziehung in den Vertrag von Lissabon und damit in die vertraglichen Grundlagen der EU. Die Charta der Grundrechte umfasst aber beispielsweise auch das Recht auf Bildung, Gleichheit von Männern und Frauen, Rechte des Kindes, Rechte älterer Menschen, Integration von Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus enthält die Charta in Titel IV „Solidarität“ umfassende Rechte für Arbeitnehmer\*innen, das Recht auf Zugang zu Leistungen der sozialen Sicherheit, das Recht auf Zugang zur Gesundheitsversorgung und ärztlicher Versorgung sowie ein Verbot von Kinderarbeit.

**Änderungsantrag**

**L.1.0178**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **in Zeilen178-186** „Entscheidungen...vorbehalten ist“ **ersetzen durch:**

„Deswegen fordern wir ein nahbares Europa bis in die Regionen und Kommunen. Unsere Vision der europäischen Republik ist ein politisches Projekt, das durch die zweite Kammer die Vielfältigkeit der europäischen Regionen berücksichtigt. Lokale Entscheidungsträger sollen hier gleichberechtigt und unter Anerkennung regionaler Anliegen an den Verhandlungen beteiligt werden. Die Hürden für europäische Bürgerinitiativen müssen gesenkt und die Rechte des Parlaments, u.a. durch ein Initiativrecht, gestärkt werden.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0188**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **in Zeile188** nach „einer“ **einfügen:** „politischen“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0201**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **in Zeile201-203** „Gegen die ...Profit stellen.“ **streichen.**

**Begründung:**

Redundanz

**Änderungsantrag****L.1.0209**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **in Zeile 209** „Neustart der Europäischen Union“ **ersetzen durch** „Republik der europäischen Regionen“

**Begründung:** siehe L.1.0001, L.1.0079, L.1.0097

**Änderungsantrag****L.1.0211**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 47, **in Zeilen 211-213** „Kleine Korrekturen...bewahren.“ **ersetzen durch:** „Des- halb braucht es eine neue Erzählung von Europa. Progressive linke Politik auf europäischer Ebene be- deutet: Mehr Europa wagen! Einige Erfolge auf dem Weg dort hin tragen schon die Handschrift linker Politik, sei es die Verhinderung TTIPs, die Verbesserungen beim Handelsabkommen Ceta, nicht weni- ge progressive Errungenschaften in Sachen Banken- und Finanzmarktregulierung, sei es das „Konto für alle“, die Durchsetzung des Prinzips gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Entsenderichtlinie oder der verbesserte Datenschutz. Hier zeigt sich der Gebrauchswert linker Politik, genau dafür werden wir gewählt.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag****L.1.0261**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 48, **in Zeile 261** „und die Arbeitsmärkte weiter flexibilisieren.“ **streichen.**

**Begründung:**

Insbesondere die bisherige Flexibilisierung wird in allen aktuellen Gesetzen kritisch betrachtet und eingeschränkt. Insofern kann man nicht mehr davon sprechen, dass „weiter flexibilisiert“ werden soll.

**Änderungsantrag**

**L.1.0262**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 48, **in Zeile 262** „jedoch“ **streichen**.

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0278**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 49, **in Zeile 278** „zu Recht“ **streichen**.

**Begründung:** Da diese Angst zum Teil auf bisherigen Erfahrungen, zum Teil aber auch auf Unwissen und Falschinformationen beruht, stellt sich zumindest die Frage, ob diese Angst denn immer berechtigt ist.

**Änderungsantrag**

**L.1.0284**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 49, **in Zeilen 284-286** von „Tarifverträge und Gewerkschaften...“, bis „...Tarifverträge geschützt“ **streichen**.

**Begründung:**

Beide Sätze sind sachlich falsch. Tarifverträge und Gewerkschaften sind im EU Primärrecht besonders geschützt, dies schlägt sich auch zunehmend in Urteilen des EuGH nieder. Insbesondere die Grundrechte-Charta Artikel 28 sichert diese Rechte. Die Behauptung des 2. Satzes wird durch eurostat wie-

derlegt, nachdem 58 % aller Arbeitnehmer\*innen in Europa tarifgebunden arbeiten. In Deutschland dagegen sind es tatsächlich nur noch ca. 45 %. Dies wäre jedoch an die deutschen Sozialpartner\*innen und die Bundesregierung zu adressieren.

**Änderungsantrag**

**L.1.0297**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 49, **in Zeile 297** „mittleren Verdiensten“ **ersetzen durch** „Durchschnittsentgelte“

**Begründung:**

Wir sollten hier auf die Formulierung der europäischen Statistikbehörde zurückgreifen. Angenommen der unwahrscheinliche Fall, wir könnten unser Wahlprogramm nach der Wahl umsetzen und würden diese Formulierung in ein Gesetz gießen, gäbe es keine korrekte europäische statistische Entsprechung und alle Mitgliedstaaten könnten diesen Wert national manipulieren. Wettbewerb über statistische Daten scheint jedoch nicht zielführend.

**Änderungsantrag**

**L.1.0317**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 49, **in Zeile 317** „Wir wollen als Kriterien festlegen“ **ersetzen durch** „Diese Kriterien sind“

**Begründung:**

Was hier gefordert wird hat der Gesetzgeber schon umgesetzt. Die öffentliche Hand aller Ebenen kann diese Kriterien anlegen. Ob sie das tut liegt in deren Verantwortung. Subsidiarität eben.

**Änderungsantrag**

**L.1.0328**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 50, **in Zeilen 328-330** „In vielen...der gleichen“ **ersetzen durch** „Drastische Lohnunterschiede in den Mitgliedstaaten stehen“

**Begründung:**

Lohnunterschiede in der EU bestehen traditionell und aus der unterschiedlichen Entwicklung heraus und sind nicht erst mit der EU eingeführt worden. Zudem stimmt die Behauptung der Preisniveaus bei weitem nicht. Zieht man die Zahlen von Eurostat zu Rate, dann ergeben sich Unterschiede im Preisniveau von plus 50 % bis minus 60 %. Nichtsdestotrotz ist eine Angleichung nach oben wünschenswert.

**Änderungsantrag**

**L.1.0333**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 50, **in Zeile 333** nach „...EU-Staaten Arbeit“ **einfügen** „vor allem“

**Begründung:**

Selbstverständlich wollen wir, dass jedwede Arbeit besser entlohnt wird, setzen hier aber eine Schwerpunkt.

**Änderungsantrag**

**L.1.0340**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 50, **in Zeilen 340/341** nach „durchsetzen“ bis „Arbeit **streichen**.“

**Begründung:**

a) mit der Entsenderichtlinien-Überarbeitung entbehrlich und b) für übrige Problemlagen gilt: auch ohne diesen Nachsatz sind alle erfasst.

**Änderungsantrag**

**L.1.0348**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 50, **in Zeilen 348/349** „und eine ...Arbeiten.“ **streichen.**

**Begründung:**

So ist es ein starkes Statement für ein geeintes Europa mit gleichen Rechten für alle Europäer\*innen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0373**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 51, **in Zeile 373/374** „In der...Beschäftigten schützen.“ **streichen.**

**Begründung:**

Behörden arbeiten nicht für oder gegen jemanden, sondern führen politische Vorgaben aus, die sich aus politischen und gesellschaftlichen Mehrheiten und folglich Anweisungen ergeben.

**Änderungsantrag**

**L.1.0451**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 52, **in Zeile 451** hinter „Profite der Unternehmen.“ **ergänzen:**

„Das Ziel, mit der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ eine soziale Aufwärtskonvergenz im Sinne eines verbesserten sozialen Zusammenhalts in der EU zu erreichen und eine sozialpolitische Konvergenz (Annäherung) der europäischen Sozialleistungssysteme auf ein bedarfsdeckendes Niveau anzustreben muss daher in verbindliche Verpflichtungen aller EU Staaten münden. Die in der europäischen Säule sozialer Rechte aufgezeigten Politikfelder Zugang zum Arbeitsmarkt, faire Arbeitsbedingungen und nachhaltiger Sozialschutz sind zentrale Punkte für eine Stärkung der sozialen Dimension in Europa.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0456**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 52, **in Zeilen 456/457** „Es ist nicht...vereinheitlichen.“ **streichen.**

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.0512**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 54, **in Zeile 512** „Die Verpflichtung auf“ **streichen.**

**Begründung:**

Es gab und gibt keine Verpflichtung auf Privatisierung. Es gab politischen Druck, es gab neoliberale Entscheidungen auf allen Ebenen, eine Verpflichtung gab und gibt es nicht.

**Änderungsantrag**

**L.1.0520**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 54, **in Zeile 520** nach „Hand“ bis „Bestandteil“ **streichen.**

**Begründung:**

Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (DAWI) sind Grundlage von EU-Regelungen, es steht allen MS frei, ihre öffentlichen Unternehmen zu organisieren. Dabei sind, sobald diese als Marktteilnehmer auftreten - und nur dann (sic!) - wettbewerbsrechtliche Vorgaben zu beachten. Insofern stellt die öffentliche Daseinsvorsorge keine Ausnahme, sondern einen Kernbestandteil von VEU, AVEU und Sekundärrecht dar.

**Änderungsantrag**

**L.1.0587**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 55, **in Zeilen 587-590** „-durch eine...Anwendung finden.“ **streichen.**

**Begründung:**

Es erscheint nicht sinnvoll, wenn sich auf europäischer Ebene mit Personalbemessung und Personalschlüsseln befasst wird. Dies ist Aufgabe der Sozialpartner und im Zweifel regionalen Gesetzgeber. 2. Die Dienstleistungsrichtlinie nimmt schon heute öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen im Gesundheits- und Pflegebereich aus. Da wir - siehe Zeile 546/547 - keine privaten gewinnorientierten Anbieter wollen, brauchen wir die auch nicht ausnehmen. Zudem würde die Ausnahme des privaten, gewinnorientierten Gesundheitsbereiches zu massiver Nicht-Regulierung führen, die nicht im Sinne progressiver Politik sein kann.

**Änderungsantrag**

**L.1.0595**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 55, nach Zeile 595 **einfügen:** „-Die Digitalisierung geht auch am Pflegebereich nicht vorbei. Bereits jetzt werden schon vereinzelt für bestimmte Aufgaben sogenannte Pflegeroboter eingesetzt. Menschenwürdige Pflege beinhaltet aber auch einen Anspruch auf Pflege und Betreuung durch Menschen und menschlichen Kontakt. Deshalb wird sich DIE LINKE für eine europäische gesetzliche Mindeststundenanzahl an menschlichem Kontakt in Pflegeeinrichtungen einsetzen.“

**Begründung:** Entspricht, bis auf „europäische“ einer Formulierung im Bundestagswahlprogramm. Die Formulierung ist auf die Zukunft gerichtet, in der die Pflege weiter ein zentraler Punkt sein wird, durch Digitalisierung aber die Gefahr von weniger menschlichem Kontakt besteht.

**Änderungsantrag**

**L.1.0662**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 57, **nach Zeile 662 einfügen:** „Wir setzen uns für ein europäisches Programm „Stadtflucht“ ein, durch welches der ländliche Raum attraktiv gemacht wird. Durch infrastrukturelle Anbindung des ländlichen Raums soll der Druck von Städten im Hinblick auf bezahlbaren Wohnraum genommen werden.“

### **Begründung:**

Der gesamte Komplex Wohnen im Europawahlprogramm geht von einer städtischen Sicht aus. Sicherlich ist dies nicht verkehrt, da dort die Probleme mit bezahlbarem Wohnraum besonders auftreten. Die Lösung des Problems des fehlenden bezahlbaren Wohnraums darf aber nicht auf der Ebene der Städte stehen bleiben. In vielen ländlichen Gebieten steht Wohnraum leer, da es keinerlei Anreize gibt in zu nutzen, da es an jeglicher Infrastruktur fehlt. Mit dem europäischen Programm „Stadtflucht“ soll der ländliche Raum belebt und infrastrukturelle angeschlossen werden, so dass die Nutzung von Wohnraum im ländlichen Raum attraktiv wird und damit der Druck von den Städten genommen wird.

### **Änderungsantrag**

**L.1.0667**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 57, **Zeilen 667-673 ersetzen durch:**

„- Airbnb stärker regulieren und eine zusätzliche europaweite Unternehmenssteuer für das Geschäftsmodell der privaten Wohnungsvermietung via Internetplattform einführen: Konzerne wie Airbnb profitieren von geringer Regulierung und treiben die Mietpreise in allen europäischen Städten in die Höhe. Die angebliche »Share economy« ist ein lukratives Geschäftsmodell für wenige auf Kosten vieler. Einige Städte und Länder (z. B. Barcelona, Berlin, Portugal) haben bereits Regularien eingeführt, um die ausufernde Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern. Das braucht es europaweit aber ist nicht ausreichend. Grundlegend dürfen Wohnungen nicht ausschließlich zum Zweck der Vermietung an Touristen verwendet werden. Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen soll zudem das von uns geforderte europaweite Programm „Stadtflucht“ finanziert werden.“

### **Begründung:**

Die bisherigen Forderung nach einer Regulierung von AirBNB und anderer derartiger Anbieter sowie die Forderung nach einer Plattform in öffentlicher Hand wird den teilweise bereits extrem angespannten Wohnungsmarkt in vielen europäischen Städten nicht wirksam entgegenzutreten. Insbesondere in Verbindung mit der Forderung nach dem Ausbau des ländlichen Raums, unter Finanzierung durch eine neue Steuer, sowie der Forderung nach mehr öffentlichen Wohnungsbau in den Städten zu bezahlbaren Mieten wird dem negativen Trend auf dem europäischen Wohnungsmarkt wirksam entgegen getreten.

### **Änderungsantrag**

**L.1.0674**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 57, **Zeilen 674/675 ersetzen durch:**

„ 4. Menschen vor Profite – der LINKE Plan für eine neue soziale und ökologische europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik “

**Begründung:**

Die jetzige Überschrift lässt sowohl einen europäischen Bezug als auch eine integrationspolitische Richtung vermissen

**Änderungsantrag****L.1.0703**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 58, **Zeilen 703-705** von „Eine weitere Vertiefung...“ bis „...Aufwind geben.“  
**ersetzen durch:**

„Notwendig ist vielmehr eine Neuformierung einer europäischen Wirtschaftspolitik, die den Binnenmarkt durch die Sozialunion ergänzt und eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ziel hat. Eine Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion mit dieser neuen Ausrichtung von Institutionen, Regeln und Politiken ist unabdingbar.“

**Begründung:**

Der jetzige Satz im Entwurf verneint eine notwendige Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und setzt demzufolge auf eine Re-Nationalisierung dieser zentralen Struktur der Europäischen Union und der Eurozone. Ein solcher Ansatz erscheint strategisch nicht tragfähig, wenn die EU stabilisiert und neu mit sozialer Bindung ausgerichtet werden soll.

**Änderungsantrag****L.1.0706**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 58, **Zeilen 706-714** „Die Kehrseite...werden blockiert.“ **streichen.**

**Begründung:**

Der Absatz ist zum einen redundant mit zahlreichen anderen Stellen des Programmentwurfs und beschreibt primär in Deutschland zu verantwortende Ergebnisse neoliberaler Politik. Problematisch ist seine Grundannahme, die Ergebnisse nationalstaatlicher Politiken umstandslos der EU zuordnet.

**Änderungsantrag****L.1.0718**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 58, **in Zeilen 718-723** „Doch die neoliberalen...Großprojekte darstellen.“ **ändern in:** „Doch derzeit fördern neoliberale Kräfte aus den Mitgliedstaaten heraus eine Politik der reinen Wettbewerbsorientierung statt auf regionale, nachhaltige und sozial gerechte Entwicklung zu orientieren. Dem Umbau der Förderpolitik zugunsten von Kreditinstrumenten und zulasten der auf Kohäsion setzenden Förderinstrumente muss eine Stärkung der Mittel und Programme der Kohäsionspolitik entgegengesetzt werden. Eines der zentralen Politikziele der Europäischen Union ist die Verminderung von wirtschaftlichen und folgend sozialen Disparitäten. Dem dient die Kohäsionspolitik, die als solche zwar durch den Druck der Regionen und vieler Akteure der Cohesion Alliance gegen Streichungsabsichten gesichert werden konnte, die aber in der Mittelfristigen Finanzplanung empfindlichen Kürzungen ausgesetzt ist. Hier stünde mit Blick auf die Herausforderungen unterschiedlicher Entwicklungsstände in der EU mit all ihren desolaten sozialen und auch demokratiegefährdenden Folgen eine Stärkung auf der Tagesordnung.“

### **Begründung:**

Der Absatz relativiert in der Entwurfsfassung die Verantwortung nationaler Politiken der Regierungen von Mitgliedstaaten über den Rat bei den Entscheidungen der EU und suggeriert eine Problemlage in der Bürokratisierung. Dagegen fehlt ein klares Plädoyer für eine Stärkung der Kohäsionspolitik als zentrales Instrument zur Überwindung oder mindestens Verringerung der wirtschaftlichen Disparitäten. Das Stichwort der EFSI-Fonds wird bereits an anderer Stelle behandelt und es darf nicht vergessen werden, dass bisherige Auseinandersetzungen erfolgreich verhindert haben, dass die EFSI-Instrumente die Kohäsionspolitik komplett ablösen.

**Änderungsantrag**

**L.1.0757**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 59, **in Zeilen 757/758** „Die EU...Wirtschaftspolitik“ **ändern in** „ Die EU braucht einen Finanzminister, der eine grundlegende Veränderung der bisher falschen Wirtschaftspolitik gewährleistet, die europäischen Semester entsprechend sozial und nachhaltig ausrichten. Er sollte die Finanz- und Wirtschaftspolitiken so verzahnen, dass die Wirtschafts- und Währungsunion mit der Sozialunion verbunden werden kann, dass nachhaltige Investitionen ermöglicht und Leistungsbilanzungleichgewichte minimiert werden. Er oder sie könnte in Kooperation mit der für Soziales verantwortlichen Kommissarin geeignete Transfermechanismen mit sozialem Fokus wie bei der Arbeitslosenrückversicherung oder mit finanzpolitischem Fokus bei Steuerharmonisierung oder mit wirtschaftspolitischem Fokus beim Eurozonenbudget gestalten. Wichtig ist zudem für die Sicherung vor neuen Banken Krisen die Vollendung einer Bankenunion, die Banken strengen Regularien unterwirft, ihre Finanzkraft zur Vorsorge und Risikosicherung für finanzielle und wirtschaftliche Krisensituationen nutzt. Die Idee des Europäischen Währungsfonds – allerdings unter demokratischer Kontrolle des Europäischen Parlaments – ist dabei unterstützenswert. “

**Begründung:**

Eine Re-Nationalisierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik geht völlig an den Erfordernissen einer stabilen Entwicklung und Integrationsvertiefenden Veränderung der entsprechenden Institutionen, Strukturen und Regularien vorbei. Die EU ist nicht per se ein neoliberales Gebilde. Deshalb gilt es, ihre Stärken durch tiefgreifende Veränderungen zu entfalten. Gerade für die Eurozone ist es wichtig, gemeinsame Regeln zu setzen und entsprechende Strukturen zur Durchsetzung zu schaffen. Das gibt erst Stabilität nach außen und nach innen und damit die Möglichkeit, soziale Standards durch einen entsprechenden Rahmen zu sichern und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik im Interesse aller Mitgliedstaaten und Regionen zu ermöglichen.

**Änderungsantrag****L.1.0801**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 60, nach **Zeile 801 einfügen:** „- einen schnellen Zugang zum Internet überall“

**Begründung:**

Ein Investitionsprogramm von mindestens 500 Mrd. Euro jährlich ohne Investitionen in den Zugang zum schnellen Internet ist ein Investitionsprogramm für das 20. Jahrhundert, nicht für das 21. Jahrhundert.

**Änderungsantrag****L.1.0938**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 63, **Zeilen 938/939** „Für einen sozialen und ökologischen Neustart“ **ändern in** „Für ein soziales und ökologisches Europa“

**Begründung:**

siehe L.1.0001, L.1.0079, L.1.0097, L.1.0209

**Änderungsantrag****L.1.0985**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 64, **Zeile 985**, „Unternehmen bezahlt werden, die sie verursachen“ **ändern in** „Verursachern bezahlt werden“

**Begründung:**

Es sollte konsequent das Prinzip gelten, dass für entstandene Schäden der oder die Verursacher haftbar gemacht werden. Da das nicht in jedem Fall Unternehmen sind, wird an dieser Stelle eine Präzisierung vorgeschlagen.

**Änderungsantrag**

**L.1.1131**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **Zeilen 1131-1133** „- Unternehmen müssen...werden können“ **streichen**.

**Begründung:**

Die hier vorgeschlagenen Regelungen bevorzugen Großunternehmen und Konzerne, da diese in der Lage sind, ohne größere Probleme eine solche Berichterstattung vorzunehmen. Ein kleiner Handwerksbetrieb wird diesen bürokratischen Aufwand nicht leisten können.

**Änderungsantrag**

**L.1.1135**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeile 1135** nach „und“ „die Verwendung von“ **einfügen**.

**Begründung:**

An dieser Stelle geht es um eine Präzisierung des Antrages, dass es um ein Verbot der Verwendung von Mikroplastik geht.

**Änderungsantrag**

**L.1.1138**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **Zeilen 1138-1142** „Die Landwirtschaft...Lebensgrundlage bringt.“ **streichen.**

**Begründung:**

Dieser Absatz ist nicht schlüssig und bringt ein verzerrtes Bild der Realität zum Ausdruck. In den ersten Sätzen wird eine europäische Landwirtschaft beschrieben, die offenbar jenseits globaler Agrarmärkte agiert und diesen „ausgeliefert“ ist. Am Ende des Absatzes wird aber beschrieben, dass die europäische Landwirtschaft doch Teil des globalen Agrarmarktes ist. Weiterhin ist die Darstellung, dass das „Hühnerklein aus der EU“ der Grund ist, weshalb in Afrika die Menschen um ihre Lebensgrundlage gebracht werden. Sicher ist das Teil des Problems. Kriege, Umweltzerstörung, klimatische Veränderungen spielen hier aber eine mindestens ebenso große Rolle.

**Änderungsantrag**

**L.1.1149**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeile 1149-1150** „mit flächendeckenden ... Arbeitsplätze“ **streichen.**

**Begründung:**

Für alle Arbeitskräfte in der Landwirtschaft muss der Mindestlohn bereits gezahlt werden. Dies gilt auch für Saisonarbeitskräfte und mitarbeitende Familienangehörige. Diese Forderung ist damit hinfällig.

**Änderungsantrag**

**L.1.1151**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeilen 1151-1153** „Ausbildung...werden“ **streichen.**

**Begründung:**

Agrarbetriebe haben es schwer, Arbeitskräfte und vor allem Auszubildende zu finden. Das gilt auch und in besonderem Maße für Arbeitskräfte und Auszubildende mit Behinderungen. Gerade kleinen Familienbetrieben ist es zudem oft nicht möglich, überhaupt Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stel-

len. Wäre die Beschäftigung und/ oder Ausbildung von Menschen mit Behinderungen Voraussetzung von Zahlungen aus dem EU-Agrarretat, wäre das das aus für eine Vielzahl, gerade kleinerer Betriebe.

**Änderungsantrag**

**L.1.1164**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeile 1164** „Statt mit Freihandelsabkommen wollen wir“ **ändern in:**  
„Wir wollen“

**Begründung:**

Der Satz ergibt keinen Sinn.

**Änderungsantrag**

**L.1.1170**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeilen 1170-1172** „Verkauf...handelbare Ware.“ **streichen.**

**Begründung:**

Im ersten zu streichenden Satz wird eine Realität beschrieben, die es in Europa, insbesondere in Deutschland nicht gibt. Nicht einmal 2% der Erwerbstätigen in Deutschland verdienen ihre Lebensgrundlage in der Landwirtschaft. Auch die „Vertreibung“ und „Flucht“ dieser 2 % muss nicht befürchtet werden. Die in diesem Satz beschriebene Realität trifft auf andere Regionen in der Welt zu, auf Europa nicht. Das sollte dann auch so beschrieben werden. Der zweite Satz ist objektiv falsch. Boden ist handelbar. Das kann man falsch finden, ändert an der Tatsache aber nichts.

**Änderungsantrag**

**L.1.1175**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeile 1175** „Massentierhaltung“ **ersetzen durch** „Tierhaltung“

**Begründung:**

Es muss sich generell für eine tier- und umweltgerechte Tierhaltung in der Landwirtschaft eingesetzt werden, egal wie groß die Anzahl der in dem jeweiligen Betrieb gehaltenen Tiere ist.

**Änderungsantrag**

**L.1.1178**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 67, **in Zeilen 1178/1179** „Konzerne wie Monsanto, entmachtet“ **streichen.**

**Begründung:**

Nicht der einzelne Konzern sondern die strukturellen Gegebenheiten sind das Problem.

**Änderungsantrag**

**L.1.1203**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 68, **in Zeilen 1203/1204** „traditionelle Familienbetriebe“ **ersetzen durch** „in der Region ansässigen und tätigen Betriebe“

**Begründung:**

Gerade in der Fischerei gibt es viele Betriebe, die nicht als Familienbetrieb geführt werden, sondern die sich in Form einer Genossenschaft organisiert haben, diese wären von der ursprünglichen Formulierung nicht erfasst. Weiterhin erscheint es unerheblich, ob ein Betrieb „traditionell“ ist oder ob er sich erst neu gegründet hat. Wichtiger erscheint uns, dass er in der jeweiligen Region verankert ist.

**Änderungsantrag**

**L.1.1204**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 68, **nach Zeile 1204 einfügen:** „– Die Existenz der regional ansässigen und in der Küstenfischerei tätigen Betriebe muss gesichert werden.“

**Begründung:**

Die Küstenfischerei ist geprägt von kleinen und mittleren Betrieben, die in den letzten Jahren vor großen Herausforderungen standen und stehen. Nicht wenige sind in ihrer Existenz bedroht. Ein Verschwinden dieser Betriebe hätte große Auswirkungen auf die betroffenen Regionen. Das gilt es zu verhindern.

**Änderungsantrag**

**L.1.1228**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 69, **Zeilen 1228-1230** „Die industrielle... ersetzt werden.“ **ersetzen durch** „Tierhaltung muss umwelt- und ressourcenschonend sein.“

**Begründung:**

Der neue Satz bringt stärker zum Ausdruck worum es gehen muss: Ein umwelt- und ressourcenschonendes Wirtschaften.

**Änderungsantrag**

**L.1.1334**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 71, **nach Zeile 1334 einfügen:** „- Unmittelbar muss alles dafür getan werden, den INF-Vertrag zu erhalten und eine mögliche Neustationierung landgestützter nuklearer Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa zu verhindern.“

**Begründung:**

erfolgt mündlich

**Änderungsantrag****L.1.1673**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 78, **Zeilen 1673-1675** „Dafür... investieren (vgl. Kapitel »Menschen vor Profite«)“ **streichen**.

**Begründung:**

Ein Wegfall der Flächenprämie – nichts anderes ist mit „Umwidmung“ gemeint – hätte zur Folge, dass viele Betriebe auf einen großen Teil ihrer Einnahmen verzichten müssten und in ihrer Existenz bedroht wären. Das kann nicht unser Anliegen sein.

**Änderungsantrag****L.1.1708**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 78, **in Zeile 1708** Überschrift **ändern in** „Demokratisches Europa!“

**Begründung:**

Es gibt keine unwirkliche Demokratie.

**Änderungsantrag****L.1.1715**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, **in Zeilen 1715-1717** „ Es sind diese...Auftrieb geben“ **ersetzen durch** „Autoritäre Kräfte geben Rassismus und Nationalismus Auftrieb, indem sie nationalstaatliche Mitgliedsstaatspolitik gegen ein soziales und demokratisches Europa setzen.“

**Begründung:**

Pauschale Verantwortungszuschreibung an unsoziale und undemokratische EU für Rassismus und Nationalismus ist Unterkomplex.

**Änderungsantrag** **L.1.1720**

Antragsteller/-innen: forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, **Zeile 1720** „sind... Primärrecht“ **ersetzen durch:** „waren lange privilegierte Freiheiten, sie gehören weiter zum Primärrecht“

**Begründung:**

Geändert mit Lissabon-Vertrag.

**Änderungsantrag** **L.1.1721**

Antragsteller/-innen: forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, **in Zeile 1721/1722** von „Kommt“ bis „Sekundärrecht.“ **ersetzen durch:** „Im Konflikt mit den ebenfalls im Primärrecht verankerten sozialen ökologischen und demokratischen Grundrechten muss allzu oft der EuGH abwägen.“

**Begründung:** Sachlich richtig.

**Änderungsantrag** **L.1.1725**

Antragsteller/-innen: forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, **in Zeile 1725** „DIE LINKE will einen Neustart der Europäischen Union“ **ersetzen durch:** „DIE LINKE will eine Republik der europäischen Regionen“

**Begründung:** siehe L.1.0001 u.a.

**Änderungsantrag** **L.1.1731**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, In **Zeilen 1731/1732** „Wir wollen ... Europa von unten.“ **ersetzen durch:** „Wir wollen eine Republik der europäischen Regionen durch eine Initiative für ein Europa von unten.“  
**Begründung:** erfolgt mündlich

**Änderungsantrag**

**L.1.1751**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 79, in **Zeile 1751-1759** ab „Das Parlament“ bis „systematisch verzerrt“ **ersetzen durch:** „Mit dem Lissabonvertrag wurde die demokratische Legitimierung von Entscheidungsprozessen gravierend verbessert. Das europäische Parlament als einziges direkt gewähltes Organ der EU entscheidet in fast allen Politikbereichen gleichberechtigt mit dem Rat der EU über europäische Gesetzgebung. Doch dabei darf die EU nicht stehen bleiben. Der Rat der EU und mit ihm die Mitgliedstaaten sind weiterhin zu gewichtig. Zum einen sind ihm einige Politikbereiche exklusiv vorbehalten. Darüber hinaus werden noch zu oft durch komplizierte Abstimmungsverfahren und gelegentliche Einstimmigkeitserfordernis durch nationale Egoismen Gesetze blockiert. Die demokratische Pluralität des Parlaments wird so unterminiert.“

**Begründung:**

Die Gesetze und Entscheidungen kommen auf unterschiedlichen Wegen zustande. Seit Ratifizierung des Lissaboner Vertrages ist das Mitentscheidungsverfahren das ordentliche Gesetzgebungsverfahren. Rat und Parlament bestimmen gleichberechtigt über Initiativen der Kommission.

**Änderungsantrag**

**L.1.1760**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, **Zeile 1760/1761** ab „DIE“ bis „gibt“ **ändern in:** DIE LINKE kämpft für ein starkes Europäisches Parlament, für die Abschaffung der Räte und die Schaffung einer zweiten Kammer der Regionen.

**Begründung:**

Wird mündlich eingebracht.

**Änderungsantrag**

**L.1.1764**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, **Zeile 1764/1765** ab „Im“ bis „können.“ **ändern in:** „Alle Entscheidungen in allen Politikbereichen sollten vom Europäischen Parlament und der zweiten Kammer der Regionen getroffen werden.“

**Begründung:**

Wird mündlich eingebracht.

**Änderungsantrag**

**L.1.1767**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, **Zeile 1767 streichen.**

**Begründung:**

Wenn das EP über alle Politikbereiche entscheidet, dann inkludiert das den Haushalt.

**Änderungsantrag**

**L.1.1772**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, **Zeile 1772 bis 1774** von „Entscheidung ... bis nationalen Parlamenten.“ **streichen.**

**Begründung:**

Wird mündlich eingebracht.

**Änderungsantrag****L.1.1775**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, in Zeile 1775 „den nationalen Parlamenten“ **ersetzen durch:** „einer zweiten Kammer der Regionen“.

**Begründung:**

Kohärenz

**Änderungsantrag****L.1.1800**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 80, **Zeilen 1800 bis 1804 streichen.**

**Begründung:**

Der nachfolgende Absatz beschreibt die Zielsetzung ohne wortgewaltige Ideologiephrasen. Wir wollen Hoffnung und Vision ausstrahlen.

**Änderungsantrag****L.1.1811**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 81, **Zeilen 1811 bis 1814 streichen**

**Begründung:**

Hier wird als Beleg für den schlechten Zustand der Bürger- und Menschenrechte in der EU ein undemokratisches und bürgerrechtsfeindliches Handeln einzelner EU-Staaten angeführt. Dies ist unredlich. Man kann die Bemühungen der EU zur Behebung des Zustandes kritisieren, aber so zu tun als passiere nichts ist antiaufklärerisch. So hat beispielsweise Polen die umstrittene Justizreform nach einer EuGH-Entscheidung rückgängig gemacht (vgl. <https://www.zeit.de/news/2018-12/18/polens-praesident-setzt-gesetz-zur-ruecknahme-von-justizreform-in-kraft-20181218-doc-1bo5f4>).

## **Änderungsantrag**

**L.1.1850**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 81, **Zeile 1850 -1852 ersetzen durch:** „Wir fordern eine strikte Wartezeit für Mitglieder der Europäischen Kommissionen (EU-Kommissare), die nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren. Diese soll sich an der Dauer ihres Amtes und dem sich daraus ergebenden zeitlichen Anspruch auf Übergangsgeld orientieren. Eine entsprechende Regelung muss es für hohe Beamtinnen und Beamte geben. Eine Wartezeit unter Wahrung des Anspruchs auf Karenzentschädigung muss auch für Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft gelten, die in den Institutionen beschäftigt werden sollen.“

### **Begründung:**

Die aufgeschriebene Formulierung ist radikal in der Phrase und dabei unkonkret und antiaufklärerisch. Welche Politiker\*innen sind gemeint? Warum sollte jemand der 5 Jahre im Europaparlament gesessen hat (Politiker oder Politikerin) drei Jahre nicht in die Wirtschaft wechseln dürfen? Die als Ersatz vorgeschlagene Formulierung entspricht in wesentlichen Teilen der Formulierung aus dem Europawahlprogramm 2014 und ist wesentlich präziser und in der Sache wesentlich radikaler.

## **Änderungsantrag**

**L.1.1939.**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus, sabine berninger

### **Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 83, **Zeilen 1939-1947:** an dieser Stelle streichen, einfügen vor Zeile **2283** in folgender Fassung: „**Die extreme Rechte ist in Europa auf dem Vormarsch. In Österreich und Italien regieren extrem rechte Parteien mit. In Polen und Ungarn sind sie die stärksten Parteien. In weiteren Ländern sind sie an der Regierung beteiligt oder dulden sie. In den Niederlanden und Schweden sind rechte Parteien erfolgreich, in Deutschland ist die rechtsextreme AfD in allen Landtagen vertreten und im Bundestag nominell stärkste Oppositionsfraktion. Diese Rechtsparteien haben in der Linken ihre entschiedensten GegnerInnen. Wir bieten den alten und neuen Hetzerinnen und Hetzern Paroli – in den Parlamenten und darüber hinaus.**“

### **Begründung:**

Dem Kampf gegen die extreme Rechte und rechte Parteien in Europa zu betonen, ist wichtig. Jedoch führt die Einordnung in das „unteilbar“-Kapitel, das antirassistische und Politik gegen Ausgrenzung beschreibt, zur Verstärkung des (weit verbreiteten) Eindrucks, Rassismus und Menschen ausgrenzende

Einstellungen und Politik seien eine Form oder Spielart (nur) des Rechtsextremismus. Deshalb wird die Einordnung im Kapitel „11. Europa nicht den Rechten und den Neoliberalen überlassen“ vorgeschlagen.

**Änderungsantrag**

**L.1.2301**

Antragsteller/-innen:

forum demokratischer sozialismus

**Der Parteitag möge beschließen:**

Antragsheft 1, Seite 91, **Zeile 2301 ersetzen durch:** „Für eine Republik der europäischen Regionen!“

**Begründung:** Wird mündlich eingebracht.